

Elena Frech, Thomas König und Moritz Osnabrügge

Öffentliche Unterstützung von Reformen und ihre Stabilität in Zeiten der Eurokrise – eine experimentelle Untersuchung der Wirksamkeit von Gegenargumenten*

Kurzfassung

In demokratischen Systemen hat sich die Unterstützung der Bevölkerung von Reformen als notwendige Voraussetzung, jedoch besonders in Zeiten der Eurokrise als instabil erwiesen. Unklar ist bislang, ob und welche Argumente die Bevölkerungsmeinung ins Wanken bringen. In dieser Studie untersuchen wir in einer repräsentativen Befragung mit einem experimentellen Design die Wirksamkeit von zwei Argumenten auf die Stabilität der Bevölkerungsmeinung zur Unterstützung von Reformen, die im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs verbreitet sind: das Disparitäten- und das Fairnessargument gegen Reformen in Deutschland. Unsere Ergebnisse zeigen, dass die öffentliche Unterstützung signifikant sinkt, wenn Reformen als unfair begründet werden. Dies gilt insbesondere für Frauen sowie für Personen mit geringerem Einkommen.

Publikation

Frech, Elena/König, Thomas/Osnabrügge, Moritz, 2015: Öffentliche Unterstützung von Reformen und ihre Stabilität in Zeiten der Eurokrise – eine experimentelle Untersuchung der Wirksamkeit von Gegenargumenten, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25(2), 219-245.

DOI: <https://doi.org/10.5771/1430-6387-2015-2-219>.

* Dieser Aufsatz wurde mit Unterstützung des Sonderforschungsbereichs 884 "Politische Ökonomie von Reformen" (Teilprojekt C6) der Universität Mannheim, finanziert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), erstellt. Die Autoren danken Mariyana Angelova, Matthias Haber, Daniel Müller, den Mitarbeitern des German Internet Panels, zwei anonymen Gutachtern sowie Ray Hebestreit für hilfreiche Kommentare.

1. Einleitung

Die Eurokrise hat das Thema Reformen eindrucksvoll auf die Tagesordnung von vielen Ländern der Euro-Gruppe gesetzt, die unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leiden.¹ Besonders in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, aber auch in Italien und Frankreich werden zurzeit Reformanstrengungen eingefordert, die weite Teile der Bevölkerung belasten (Thimann 2013). Mit Ausnahme von Irland zeigt sich, dass eine Regierung eher öffentlicher Kritik und Protesten ausgesetzt ist, je größer die Reformlast für die Bevölkerung des Krisenlands ausfällt. Selbst Regierungen, die ihren Wahlerfolg dem Reformscheitern der Vorgängerregierung zu verdanken haben, fehlt es deshalb oftmals anschließend an Unterstützung in der Bevölkerung für ihren Reformkurs. Wenn sich dann noch Reformfolge erst nach längerer Zeit einstellen, besteht ein hohes Risiko, dass die Krisenländer im Status quo verharren oder am Ende ausgerechnet die Regierung abgewählt wird, die große Reformanstrengungen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit ihres Landes unternommen hat.

Als größte Volkswirtschaft und Motor für wirtschaftliches Wachstum kommt Deutschland eine besondere Rolle in der Eurokrise zu. Schon deshalb ist die Frage nach der Haltung Deutschlands und der Einstellung der Bevölkerung zu Reformen in Deutschland für ganz Europa von großer Bedeutung.² Hinzu kommt, dass die Bundesregierung unter Angela Merkel mit ihrer sogenannten Austeritätspolitik die Hilfe Deutschlands von den Reformanstrengungen in den Krisenländern abhängig macht, was in- und außerhalb des Euroraums scharf kritisiert wird (Mahnkopf 2012; Truger 2013). Kritiker verweisen unter anderem darauf, dass Deutschland unter der Kanzlerschaft Angela Merkels selbst keine maßgeblichen Reformanstrengungen zur Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit unternommen hat (z. B. Stelter 2014). Die Beliebtheit der Kanzlerin in der deutschen Bevölkerung und der Wahlerfolg von CDU/CSU bei den Bundestagswahlen im September 2013 deuten allerdings darauf hin, dass hierzulande der Kurs Angela Merkels unterstützt wird. Jedoch lassen sich aus einem Wahlergebnis und der Popularität der Kanzlerin nur Vermutungen über die Unterstützung von Reformen in der deutschen Bevölkerung anstellen. Hinzu kommt, dass sich die Unterstützung der Bevölkerung als notwendige Voraussetzung für Reformen jedoch in Krisenzeiten als instabil erwiesen hat (Hellman 1998).

Um nicht nur die Einstellung der Bevölkerung zu Reformen, sondern auch ihre Stabilität in Zeiten der Eurokrise zu erforschen, haben wir ein Survey-Experiment zur Belastbarkeit der Reformunterstützung gegenüber Argumenten durchgeführt, die

¹ Siehe Alesina/Giavazzi (2008), Böhme/Mohr/Plottka (2010), Hufeld (2012), Schmidt (2009), Sinn (2012), Thimann (2013).

² Siehe z. B. Sinn (2012, 2013), Vaubel (2012).

zurzeit im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs vertreten werden.³ Um die Effektivität der beiden Gegenargumente zu überprüfen, greifen wir auf das German Internet Panel (GIP) zurück, das eine hohe Datenqualität bei Online-Umfragen durch eine repräsentative und zufällig ausgewählte Bevölkerungsstichprobe zu gewährleisten versucht.⁴ Die Online-Umfrage erlaubt ein Experiment – wie in unserem Fall zur Untersuchung der Wirksamkeit von Gegenargumenten zu Reformen – über die Aufteilung der Teilnehmer in einzelne Gruppen durchzuführen, die eine unterschiedliche Behandlung (Treatment) erfahren. Bei Umfragen mit repräsentativem Charakter muss auf die Verständlichkeit des Experiments und der Argumente geachtet werden, um Auskunftsverweigerungen oder – in unserem Fall des GIP – sogar ein Ausscheiden der Panelteilnehmer zu vermeiden. So führten wir im ersten Schritt alle Befragten in die Thematik ein und legten ihnen Gründe für die Durchführung von Reformen in Deutschland vor, das als wirtschaftliche „Lokomotive“ eine herausragende Bedeutung in Europa hat. Im zweiten Schritt unterteilten wir die Befragten zufällig in zwei Gruppen, die unterschiedliche Argumente gegen Reformen in Deutschland vorgelegt bekamen, sowie in eine dritte Vergleichsgruppe ohne weitere Argumentationshilfe.

Das erste Gegenargument ist seit dem Ausbruch der Eurokrise ein vorherrschender Einwand gegenüber der Eurozone, der dem *makroökonomischen Einwand* gegenüber zu großen Disparitäten in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum (Mundell 1961) folgt. Zwar könnte Deutschland mit eigenen Reformen zu einer „europäischen“ Lösung der Eurokrise beitragen, so das Disparitätenargument, jedoch würden diese die Wettbewerbsunterschiede unter den Krisenländern noch verschärfen, weshalb Reformen in Deutschland abzulehnen sind. Das zweite Gegenargument ist auch wesentlicher Bestandteil der aktuellen Eurokrisendiskussion und entspricht dem *verhaltensökonomischen Einwand* gegenüber einer „unfairen“ Aufteilung von Reformlasten, der auf dem ökonomischen Prinzip der (negativen) Reziprozität (Fehr/Gächter 2000) beruht. Da Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit durch vergangene Reformanstrengungen und -lasten wie der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen erreicht wurde, liegt es demnach nun an den Krisenländern und nicht an Deutschland, Reformen durchzuführen. Gegenüber der europäischen Perspektive des ersten Arguments verdeutlicht dieser Einwand eine stärker nationale Sichtweise. Zur Abschätzung ihrer Effekte vergleichen wir die Antworten aus den beiden Gruppen der Gegenargumente mit denen einer dritten Vergleichsgruppe, die eine Ablehnung von Reformen ohne weitere inhaltliche Begründung vorgelegt bekam. Im Anschluss daran befragten wir alle Teilnehmer, wie sie Reformen in Deutschland im Lichte der

³ In der Befragung fokussieren wir uns auf Reformpräferenzen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland im Zuge der Eurokrise.

⁴ Siehe Blom/Gathmann/Krieger (2015); mehr zur Datenquelle siehe Anhang.

ihnen gegebenen Argumente beurteilen, um die Antwortänderungen der beiden ersten Gruppen mit der Vergleichsgruppe zu vergleichen.

Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass das zweite und eher nationale Gegenargument – das Fairnessargument in Form einer negativen Reziprozität – die Stabilität der Bevölkerungsunterstützung von Reformen in Deutschland in Zeiten der Eurokrise signifikant beeinträchtigen kann. Wenn die Bevölkerung mit dem Argument konfrontiert wird, dass andere Mitgliedsstaaten Reformen durchführen sollen, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu steigern, da Deutschland in der Vergangenheit bereits ausreichend Reformlasten getragen hat, dann verringert sich hierzulande die Reformunterstützung deutlich; besonders gilt dies für Frauen und Personen mit geringerem Einkommen. Demgegenüber kann in unserem Experiment das makroökonomische Argument gegen zu große Währungsraumdisparitäten in weitaus geringerem Ausmaß die Bevölkerung umstimmen, auf das laut Bildungsliteratur zumindest Bevölkerungsschichten mit Hochschulbildung aufgrund ihres ökonomischen Vorwissens reagieren sollten.

Im Folgenden führen wir zuerst kurz in den Stellenwert der Bevölkerungsmeinung in demokratischen Systemen ein und stellen die beiden Argumente gegen Reformen in Deutschland vor, die in Zeiten der Eurokrise in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion stehen. Nach einer kurzen Präsentation des GIP geben wir Auskunft über Auswahl und Qualität der Bevölkerungsstichprobe. Es folgt eine Darstellung des experimentellen Fragenaufbaus, bevor wir anschließend die Auswertung der Antworten vornehmen und die Ergebnisse darstellen. Abschließend fassen wir diese noch einmal zusammen und ziehen Schlüsse über die Bedeutung unserer Resultate für Reformvorhaben in Europa.

2. Die Rolle der Bevölkerungsmeinung in demokratischen Systemen

In Demokratien besteht die öffentliche Meinung weitgehend aus öffentlich, meist in den Medien geäußerten Meinungen (Kriesi 2001; Risse 2015). Davon zu unterscheiden ist die Bürger- oder Bevölkerungsmeinung. Diese, im besten Fall durch repräsentative Stichproben der Bevölkerung gemessene Meinung, folgt dem demokratischen Prinzip „eine Person, eine Stimme“ und wird damit in der Regel als die Summe der Meinungen der Bevölkerung gesehen (Converse 1987: 13 ff.). Welche Rolle diese Bevölkerungsmeinung in Demokratien spielt bzw. spielen soll, wird durchaus kontrovers diskutiert (Brettschneider 2000; Faas/Schmitt-Beck 2007). Schließlich wird in Demokratien der Konnex zwischen Bürgern und Politikern durch die Wahl der Repräsentanten hergestellt. Zwar haben diese gewählten Repräsentanten ein freies Mandat und sind nur ihrem Gewissen verpflichtet, jedoch zeigen umfangreiche

Forschungen, die bis zurück in die 1970er Jahre reichen, dass Mandatsträger auf Bevölkerungsmeinungen reagieren bzw. diese in ihre Entscheidungen einbeziehen (siehe z. B. Mayhew 1974; Stimson 1991).

In demokratischen Systemen ist die Meinung der Bevölkerung nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Kontext wichtig. Laut „audience cost“-Theorie (ACT) von James Fearon (1994) beeinflusst die Meinung der Bevölkerung zu Hause, das heimische Publikum, demokratisch gewählte Repräsentanten auch bei Verhandlungen auf internationaler Ebene. Bricht der Repräsentant sein Wort bei einem internationalen Vertrag oder einer Politik, so riskiert er vom heimischen Publikum in der nächsten Wahl bestraft zu werden (Fearon 1994). Auch in europäischen Verhandlungen beziehen die Repräsentanten der Mitgliedsstaaten die Meinung der Bevölkerung ein, insbesondere wenn in Demokratien eine anschließende Volksabstimmung droht (Hug/König 2002).

Allerdings ist es auch in Demokratien nicht immer einfach, sich ein aussagekräftiges Bild von der Meinung der Bevölkerung zu machen. Abgesehen von methodischen Problemen wie einer mangelnden Repräsentativität erweisen sich aus Umfragen gewonnene Bevölkerungsmeinungen als wenig stabil. Das kann zum einen daran liegen, dass Ereignisse wie externe Schocks oder Krisen das Meinungsbild deutlich verändern. Bestes Beispiel dürfte hierfür die Bevölkerungsmeinung in Deutschland zur Nutzung der Atomkraft sein, die sich nach dem Unfall von Fukushima im März 2011 deutlich verschlechterte (siehe Siegrist/Visschers 2013) und die Bundesregierung unter Angela Merkel im Sommer 2011 zum Atomausstieg veranlasste, obwohl die Kanzlerin noch im September 2010 mit den Energiekonzernen eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke vereinbart hatte. Ein anderer Grund für die Instabilität der Bevölkerungsmeinung dürfte darin liegen, dass Meinungsumfragen selten die Belastbarkeit der Antworten hinterfragen. So hatte Angela Merkel, die lange Zeit in den Meinungsumfragen einen deutlichen Vorsprung hatte, auf dem Leipziger Parteitag im Dezember 2003 mit ihrer Rede über einen „Befreiungsschlag“ durch marktwirtschaftliche Reformen wie einer grundlegenden Steuerreform die Delegierten der CDU noch begeistern können. Nachdem die Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Steuerreformpläne zum Gegenstand des Wahlkampfs machten, verlor die CDU und ihre Kanzlerkandidatin anschließend deutlich an Zustimmung und sah sich am Ende gezwungen, eine Große Koalition einzugehen.

3. Zwei Argumentationsweisen gegen Reformen in Deutschland

Zur Lösung der Eurokrise scheint mittlerweile weitgehend Konsens in Europa darüber zu bestehen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten mittels Reformen

gesteigert werden muss.⁵ Umstritten bleibt aber die Frage, wer welche Reformanstrengungen unternehmen soll. Aufgrund seiner besonderen wirtschafts- und währungspolitischen Bedeutung kommt Deutschland in dieser Situation eine Vorreiter- und Vorbildfunktion in Europa zu. Die Befürwortung von Reformen in Deutschland lässt sich mit der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie der Skaleneffekte begründen, die unter Skaleneffekten die effizientere Produktion von Gütern bei größeren Mengen versteht (Moore 1959; Stigler 1958). Auf die Reformfrage übertragen heißt das, dass eine Wettbewerbssteigerung Deutschlands als größtes und wirtschaftlich stärkstes Land mit einer offenbar krisenresistenten Wirtschaft einen größeren Effekt für Europa hätte als beispielsweise eine Wettbewerbssteigerung von Griechenland, Zypern oder Malta. Laut Wolfgang Albrecht, Analyst der Landesbank Baden-Württemberg, verfüge „die Konjunkturlokomotive Deutschland über die nötige Power, die Eurozone erstmals seit dem Sommer 2011 wieder aus der Rezession zu ziehen“ (Dörfeld 2013).

Deutschland hat allerdings zur Steigerung seiner Wettbewerbsfähigkeit seine Arbeits- und Sozialsysteme mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen von 2005 bereits grundlegend reformiert. Seither fällt die deutsche Reformbilanz unter der Kanzlerschaft Angela Merkels jedoch eher bescheiden aus. Als Grund für die Zurückhaltung der Regierung Merkel wird bisweilen auf ihre negativen Erfahrungen mit der Leipziger Rede vom Dezember 2003 verwiesen, die sie beinahe die Kanzlerschaft gekostet hätte. Diese Erfahrungen liegen aber mittlerweile über zehn Jahre zurück und Deutschland könnte einerseits mit einem eigenen Reformbeitrag seine Vorreiterrolle in Europa unter Beweis stellen. Andererseits muss Kanzlerin Merkel die Meinung der deutschen Bevölkerung im Auge behalten, wenn sie die kommende(n) Wahl(en) gewinnen möchte.

Grundsätzlich ist die deutsche Bevölkerung positiv gegenüber Europa und Reformen eingestellt. Unklar ist jedoch, wie stabil diese Meinung ist bzw. ob und mit welchen Argumenten die Reformbereitschaft der deutschen Bevölkerung beeinflusst werden kann. In diesem Zusammenhang hinterfragen wir, ob und inwieweit zwei Argumente, die in der wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte eine große Rolle spielen und die zwei unterschiedliche Perspektiven zur Lösung der Eurokrise abbilden, die Meinung der Bevölkerung über Reformen beeinflussen können.⁶ Das Erste folgt einem *makroökonomischem Argument* über zu große Disparitäten, die gegen Reformen in Deutschland wegen der Verschärfung der Wettbewerbsungleichheiten in Europa sprächen. Das Zweite ist ein *verhaltensökonomisches Argument* über (Un-)Fairness, das Reformen in Deutschland wegen einer als national ungerecht

⁵ Bezüglich allgemeiner Vorschläge zur Lösung der Eurokrise bzw. der durch sie aufgedeckten „Konstruktionsfehler“ der Währungsunion siehe Leuffen (2013).

⁶ Die Fragenabfolge und Nennung von einem Für- und zwei Gegenargumenten gleicht Chaudoin (2014).

wahrgenommenen Aufteilung der Reformkosten ablehnt. Im Folgenden stellen wir die beiden Argumente und die ihnen zugrundeliegenden Logiken vor. Um die Effekte besser zu verstehen, die diese beiden Argumente auf die Reformunterstützung der Bevölkerung haben, kann ein genauerer Blick in die Reaktionen einzelner Bevölkerungsschichten weiteren Aufschluss geben. Wir formulieren deshalb Erwartungen in Bezug auf die Überzeugungskraft der Argumente für bestimmte Bevölkerungsgruppen.

a) Das Disparitätenargument

Der Theorie des optimalen Währungsraumes zufolge, die auch zur grundsätzlichen Kritik an der Eurozone ins Feld geführt wird, müssen die Euroländer ähnlich wettbewerbsfähig sein um einen optimalen Währungsraum zu bilden.⁷ Schon ein Zwei-Länder-Modell reichte Mundell (1961) seinerzeit aus, um am Beispiel von Arbeitslosigkeit und Inflation zu zeigen, dass ein Währungsraum seine optimale Größe erreicht, wenn Schocks durch flexible Arbeitsmärkte ausgeglichen werden können. Von den Befürwortern des Euro wird ein wesentlicher Vorteil eines gemeinsamen Währungsraumes in der Erleichterung von Handel durch sinkende Transaktionskosten gesehen. Demgegenüber verweisen Gegner gemeinsamer Währungsräume auf den Nachteil, dass die nationalen Zentralbanken nicht mehr auf länderspezifische Schocks über eine Anpassung des Wechselkurses reagieren können. Jüngstes Beispiel hierfür dürfte Griechenland sein, das trotz enormer Schulden und Wettbewerbsschwäche als Mitglied des Euroraums keine Abwertung der eigenen Währung vornehmen kann.

Bereits vor der Einführung des Euro wurde deshalb die Frage ausführlich erörtert, ob Europa ein optimaler Währungsraum sein kann, welche Länder oder Regionen von einer gemeinsamen Währung profitieren würden und wie auf eventuelle Schocks reagiert werden muss (Canzoneri/Rogers 1990; De Grauwe/Vanhaverbeke 1993). Seit Beginn der Schulden- bzw. Eurokrise steht diese Thematik auch im Fokus der öffentlichen Diskussionen. So stellen die Autoren des Handelsblatts, Mallien und Niesmann, fest: „Die derzeitige Krise der Eurozone rührt letztlich vor allem daher, dass sie kein optimaler Währungsraum ist: Die Euro-Länder sind wirtschaftlich sehr verschieden und haben deshalb sehr unterschiedliche ökonomische Bedürfnisse“ (2014). Laut Seidel ist zu beobachten, dass es der gemeinsamen Zentralbank aufgrund der Unterschiedlichkeit der Euro-Länder immer schwerer fällt, einen für alle Mitgliedsstaaten angemessenen Wechselkurs festzulegen (Seidel 2010).

Nach der makroökonomischen Logik des Disparitätenarguments dürfte es schwer fallen, die Eurokrise bei anhaltender oder sogar steigender Unterschiedlichkeit

⁷ Zur Theorie des optimalen Währungsraums siehe Mundell (1961). Zur Kritik an der Eurozone siehe Beetsma/Giuliodori (2010) und Feldstein (1998).

in der Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder zu lösen. Würde also Deutschland weitere Reformen durchführen, die zwar einen erheblichen europäischen Beitrag durch eine durchschnittliche Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Euroraums leisten würden, dann würde sich die Eurokrise aufgrund der größeren Disparitäten sogar eher verschärfen. Diese makroökonomische und auch auf eine europäische Lösung ausgerichtete Sichtweise des Disparitätenarguments dürfte bei bestimmten Bevölkerungsgruppen stärker ausgeprägt sein als bei anderen. So haben Studien gezeigt, dass ökonomisches Wissen und Verständnis entscheidend von der Bildung der Individuen abhängt (Saunders 1980; Hainmueller/Hiscox 2006; Walstad 1997). Außerdem sind höher gebildete Individuen eher pro-europäisch eingestellt (Gabel 1998).

b) Das Fairnessargument

Alternativ zum Disparitätenargument lässt sich verhaltensökonomisch aus dem Prinzip der Reziprozität ableiten, dass unter den Beteiligten ein gegenseitiges Verständnis über die Aufteilung von Reformlasten und -gewinnen erzielt werden muss. Die Verhaltensökonomie geht davon aus, dass Normen und Fairness in die Formulierung von Präferenzen eingehen und wirtschaftliche Nachteile durchaus in Kauf genommen werden (Falk/Fischbacher 2006: 293 ff.). Reziprozität, also Gegenseitigkeit, definiert sich laut Fehr und Gächter als eine gleichartige Reaktion auf negative oder positive Handlungen (2000: 160). Unter positiver Reziprozität wird dabei verstanden, dass sich Individuen bei einem freundlichen Gegenüber deutlich kooperativer verhalten als es ökonomisches Eigeninteresse vorhersagen würde. Bei feindseligen Handlungen des Gegenübers zeigen sich Individuen jedoch auch deutlich unkooperativer, als es im ökonomischen Eigeninteresse gut für sie wäre (negative Reziprozität).

Wenn man sich die Reformbereitschaft der Bevölkerung unter dem Aspekt der Fairness bzw. Reziprozität ansieht, so dürfte nicht unerheblich sein, wie die Bevölkerung die hierzulande erbrachten Reformanstrengungen relativ zu denen anderer Euro-Mitgliedsländer bewertet (Dreger 2012). Diese eher nationale Perspektive orientiert sich an in Deutschland bereits erbrachten Reformleistungen, die im Zuge der Agenda 2010 unter Kanzler Gerhard Schröder mit den Hartz-Reformen in den Arbeits- und Sozialsystemen vorgenommen wurden (Jacobi/Kluve 2006). Aus ländervergleichender Perspektive haben diese Reformen Deutschland wettbewerbsfähiger gemacht, aber die Reformlasten für Leiharbeiter, Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer führen hierzulande nach wie vor zu öffentlichen Debatten (Krause/Uhlig 2012). Da die Hartz-Reformen besonders Personen mit geringerem Einkommen (weniger als 1.000 Euro im Monat), Leiharbeitern und eher von Arbeitslosigkeit bedrohten Bevölkerungsgruppen

Reformlasten auferlegten (Jacobi/Kluve 2006), dürften diese eher dieser nationalen Perspektive folgen. Weiterhin zeigen Studien, dass Frauen eher reziprok reagieren als Männer (Croson/Gneezy 2009; Schwieren/Sutter 2008).

4. „Gesellschaft im Wandel“: Das German Internet Panel (GIP)

Um die Frage nach der Unterstützung der Bevölkerung von Reformen unter Kontrolle unterschiedlicher Argumente gegen Reformen in Deutschland beantworten zu können, haben wir das GIP genutzt, das sich zum Ziel gesetzt hat, ein Höchstmaß an Datenqualität für ein verbessertes Verständnis von Reformen zu erreichen. Das GIP ist eine Langzeitpanelstudie unter dem Titel „Gesellschaft im Wandel“ und bildet das Herzstück des Mannheimer Sonderforschungsbereichs „Politische Ökonomie von Reformen“. Im Mittelpunkt steht die Längsschnittpanelbefragung von einer zufälligen Auswahl an Haushalten, die regelmäßig zu ihren Einstellungen über Reformthemen, Parteien und Institutionen befragt werden.

Die im Abstand von zwei Monaten befragten Haushalte umfassten in vorliegender Untersuchung ca. 1.500 Teilnehmer im Alter von 16 bis 75 Jahren. Grundsätzlich versucht das GIP, die Vorteile einer Onlinebefragung in puncto höherer Flexibilität, Schnelligkeit, besserer Kontrolle und möglicher Variation der Antwortreihenfolge sowie geringerer Kosten mit den methodischen Vorzügen einer repräsentativen Panelumfrage zu vereinen.⁸ Auf diese Weise wird eine hohe Qualität von Umfragedaten mit dem Ziel generiert, fundierte Einblicke in die Bewertung von Reformen und von an ihnen beteiligten Akteuren wie Parteien, Ministern etc. durch die Bevölkerung zu geben.

Um den Aufwand zu verdeutlichen, der für die Qualitätssicherung der Daten betrieben wird, sollte die Beschreibung der Stichprobenziehung ausreichen. Diese wurde über eine zufällige Auswahl von ca. 250 deutschen Gemeinden (primäre Stichprobeneinheiten) aus Bundesländern und Regierungsbezirken sichergestellt, welche die sogenannte Basis- oder Brutto-Auswahl proportional über ganz Deutschland verteilt. In die ausgewählten Gemeinden wurden anschließend Interviewer geschickt, die mit genauen Vorgaben über Random Route-Adressvorläufe 100 Haushalte zufällig auswählten. Aus der so gewonnenen Liste mit ca. 25.000 deutschen Haushalten wurde in einem dritten Schritt jede fünfte Adresse nach einem zufällig generierten Anfangspunkt in der Liste ausgewählt. Die ausgewählten Haushalte wurden anschließend von geschulten Interviewern besucht und persönlich befragt, ob sie am GIP teilnehmen möchten. Die Haushalte, die bereit waren

⁸ Wie Fragen im GIP online grafisch dargestellt sind und Informationen schrittweise eingeblendet werden zeigt die Dokumentation in Abbildungen A1 bis A3 im Anhang beispielhaft. Zu Vorteilen von Online Befragungen siehe Evans/Manthur (2005).

teilzunehmen, erhielten schließlich per Brief (und mit Erinnerungsbrief und Telefonanrufen) eine Einladung zur Teilnahme an der Langzeitstudie (Blom/Gathmann/Krieger 2015). Das GIP beabsichtigt mit dieser aufwändigen Vorgehensweise eine Stichprobenqualität zu erreichen, die mit etablierten („offline“) Umfragen in Deutschland (wie z. B. das Sozioökonomische Panel oder die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) vergleichbar ist und in Online-Befragungen selten erreicht wird.⁹ Die Befragung der Teilnehmer findet online statt, wofür ausgewählte Haushalte, die keinen PC oder Internetanschluss besitzen, diese kostenlos erhalten. Zur Verringerung eines Selektionsrisikos werden spezielle PCs zur Verfügung gestellt, die besonders einfach zu bedienen sind und auch älteren und bildungsfernen Befragten eine Teilnahme erlauben. Hierzu wird den Befragten die Bedienung vor Ort erklärt.¹⁰ Trotz dieser umfangreichen Investitionen erweist sich die zweimonatige Online-Datengenerierung nach weniger als zwei Jahren kostengünstiger als eine vergleichbare Datengenerierung durch konventionelle Befragungen. Zudem bietet das GIP deutlich mehr Kontrolle und Flexibilität in Bezug auf Fragenlayout und Design der Fragestellung. So können beispielsweise Experimente online in einer repräsentativen Befragung durchgeführt werden, was sowohl die Belastbarkeit der Aussagen als auch die Generalisierbarkeit der Ergebnisse erhöht.

5. Ablauf der Befragung

Um herauszufinden, inwieweit die Bevölkerung Reformen in Europa unterstützt und wie hoch die Stabilität der Angaben ist, greifen wir auf die beiden skizzierten Argumentationen zurück. Ziel ist experimentell zu prüfen, ob und inwiefern diese unterschiedlichen Argumentationsweisen die Stabilität der Meinungen beeinträchtigen. Des Weiteren überprüfen wir drei Erwartungen zur Reaktionen einzelner Bevölkerungsgruppen auf die beiden Argumente. Unser Experiment wurde in der GIP Welle vom Juli 2013 (Blom u. a. 2014b) zu Beginn der Befragung durchgeführt, um etwaige Spillover-Effekte zu minimieren.¹¹ Zunächst haben wir die Befragten folgendermaßen in das Thema eingeführt:

⁹ Das GIP ist für die Deutsche Wohnbevölkerung zwischen 16 und 75 Jahren weitestgehend repräsentativ. Regionen Deutschlands mit hohem Einwanderer-Anteil sind (nicht zuletzt aufgrund der Umfragen in deutscher Sprache) in den Umfragewellen unterrepräsentiert; siehe Blom/Gattmann/Krieger (2015).

¹⁰ Obwohl die älteren und im Umgang mit dem PC nicht geschulten Personen im GIP durch die Ausstattung und Schulung mit PCs besser vertreten sind als in vergleichbaren Umfragen, ist diese Gruppe trotz allem etwas unterrepräsentiert im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

¹¹ Im Juli 2013 lief die 6. Umfragewelle des GIP. Aufgrund einer vergleichsweise geringen Panel-Mortalitätsrate beteiligten sich im ersten Halbjahr 2013 zwischen 73% und 80% der ursprünglich ausgewählten Studienteilnehmer (siehe Blom/Gathmann/Krieger 2015). Zu Spillover-Effekten siehe Gaines/Kuklinski/Quirk (2007: 10 ff.).

Mit den folgenden Fragen möchten wir Ihre Meinung zu möglichen Reformen in der Europäischen Union erfahren. In der Europäischen Union sollen Reformen mit dem Ziel durchgeführt werden, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten zu steigern. Ungeklärt ist bislang die Frage, wie diese Reformen konkret aussehen.

Anschließend wurden alle Befragten zufällig in eine von drei Gruppen eingeteilt. Die zufällige Zuordnung von Befragten zu den Gruppen sichert bei ausreichender Stichprobengröße die gleichmäßige Verteilung der zentralen Eigenschaften der Befragten über die Gruppen. Tabelle 1 zeigt die Gruppengröße, wonach die drei Gruppen eine ähnlich hohe Anzahl an Befragten aufweisen. Sechzehn Befragte wurden aufgrund fehlender Rückmeldung keiner Gruppe zugeordnet und werden deshalb in unserer Analyse nicht berücksichtigt.

Tabelle 1: Größe der Gruppen

| Gruppen (Befragte) | absolute Häufigkeit | relative Häufigkeit |
|--------------------|---------------------|---------------------|
| Disparitäten | 333 | 0,30 |
| Fairness | 379 | 0,34 |
| Vergleich | 389 | 0,35 |
| Keine Gruppe | 16 | 0,01 |
| Gesamt | 1.117 | 1,00 |

Quelle: Eigene Darstellung.

Anschließend wurden die Teilnehmer in einem weiteren Einführungstext darauf hingewiesen, dass es im Folgenden um Reformen geht, die Deutschland durchführen soll:

Bei der folgenden Frage geht es um den Vorschlag, dass Deutschland mehr Reformen durchführen soll, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu verbessern.

Jede der drei Gruppen bekam nun das Argument für Reformen in Deutschland und eines dagegen. Das Argument der Befürworter ist für alle drei Gruppen dasselbe und besagt, dass Deutschland seine Führungsrolle in Europa durch Reformen ausbauen kann:

Die Befürworter sagen: „Deutschland ist die wirtschaftliche ‚Lokomotive‘ Europas. Deutschland ist seit Jahren ‚Exportweltmeister‘ und stabilisiert mit seinen wirtschaftlichen Erfolgen Europa. Wenn Deutschland seine weltweite Wettbewerbsfähigkeit steigert, dann kann Deutschland mehr Produkte im Ausland verkaufen, Arbeitsplätze schaffen und seine Führungsrolle in Europa ausbauen.“

Zu dem Pro-Argument wird den Befragten eines von drei Gegenargumenten vorgelegt.

Disparitätenargument:

Die Gegner sagen: „Mit Reformen in Deutschland würden die Unterschiede unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nur größer. Deutschland sollte deshalb keine Reformen durchführen, um seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.“

Fairnessargument:

Die Gegner sagen: „Es ist nicht Deutschland, das seine Wettbewerbsfähigkeit steigern muss. Deutschland hat in der Vergangenheit ausreichend Reformen umgesetzt. Es liegt nun an den anderen Mitgliedsstaaten etwas zu ändern, sodass sich die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit dort verbessert.“

Vergleichsargument:

Die Gegner sagen: „Reformen in Deutschland bringen nichts für die Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.“

Die einzelnen Textblöcke bzw. Argumente wurden nacheinander auf dem Bildschirm eingeblendet. Um zu verhindern, dass die Reihenfolge der Argumente die Ergebnisse beeinflusst, wurden die Befragten mit den Pro- und Gegenargumenten in zufälliger Reihenfolge konfrontiert.¹² Nach dieser Konfrontation wurden die Befragten gebeten, unter Berücksichtigung der Ihnen gegebenen Argumente folgende Frage zu beantworten:

Berücksichtigen Sie die Argumente der Befürworter und Gegner bei der Beantwortung der folgenden Frage:

Sollten in Deutschland Reformen durchgeführt werden?

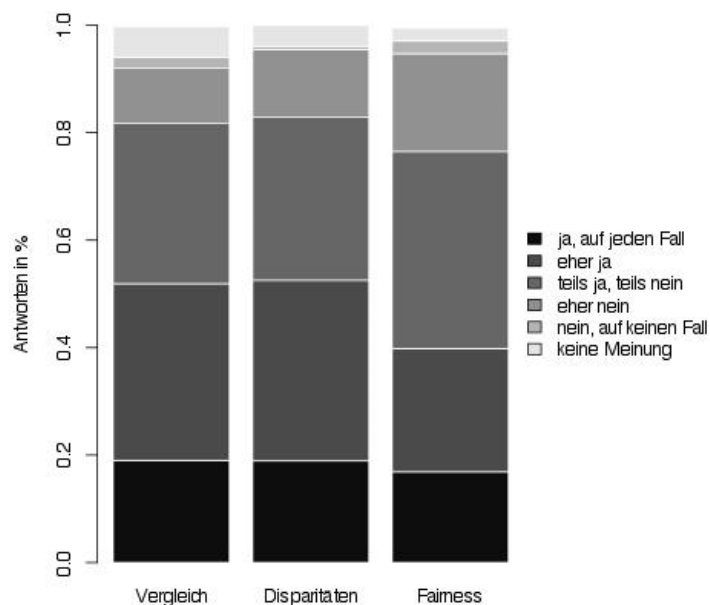
¹² Zum Recency-Effekt siehe Krosnick/Alwin (1987).

Es gibt sechs Antwortmöglichkeiten: „ja, auf jeden Fall“, „eher ja“, „teils ja, teils nein“, „eher nein“, „nein, auf keinen Fall“ und „keine Meinung“, wobei „keine Meinung“ deutlich räumlich von den anderen Antwortmöglichkeiten abgesetzt dargestellt wurde. Der Aufbau dieser Frage soll es ermöglichen herauszufinden, ob es eher makroökonomische Überlegungen oder Fairness-Argumente sind, die Einfluss auf die öffentliche Unterstützung von Reformen in Deutschland haben.

6. Ergebnisse

Fast die Hälfte (48%) der Befragten stimmt der Durchführung von Reformen in Deutschland zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu, wenn man die ersten beiden Pro-Kategorien zusammenfasst;¹³ nur ca. 15% lehnen dies ab, wenn man die beiden Gegenkategorien zusammen betrachtet.¹⁴ Laut Abbildung 1 ist der Anteil der Befragten auffällig gering, die keine Meinung haben. Ansonsten stimmen in der Fairnessgruppe nur 40% Reformen zu (entweder „ja, auf jeden Fall“ oder „eher ja“), was ein deutlich geringerer Wert ist als in der Vergleichsgruppe. Der Zustimmungsanteil ist in der Disparitätengruppe ungefähr so hoch wie in der Vergleichsgruppe.

Abbildung 1: Antworten der Befragten nach Gruppen (in Anteilen)



Quelle: Eigene Darstellung.

¹³ Ein Befragter ist eindeutig für Reformen, wenn er oder sie entweder „ja, auf jeden Fall“ oder „eher ja“ geantwortet hat.

¹⁴ Ein Befragter ist eindeutig gegen Reformen, wenn er oder sie entweder „nein, auf keinen Fall“ oder „eher nein“ geantwortet hat.

Um den Effekt der Gegenargumente zu bewerten, führen wir einen einfachen Chi-Quadrat-Test über die Zustimmungsraten der unterschiedlichen Gruppen zur Vergleichsgruppe durch (Tabelle 2). Es zeigt sich, dass die Differenz zwischen den Antworten der Fairness- und der Vergleichsgruppe (für alle Bevölkerungsteile zusammen) statistisch signifikant ist. Der Chi-Quadrat-Test der Zustimmungsraten der Disparitäten- und der Vergleichsgruppe weist dagegen keinen signifikanten Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen aus. Folglich reagieren die Befragten signifikant aufgeschlossener auf das Fairness- als auf das Disparitätenargument. In Tabelle 2 ist der Wert der Chi-Quadrat-Teststatistik mit dem Zeichen χ^2 aufgeführt.

Tabelle 2: Chi-Quadrat-Test: Vergleich der Anteile der Disparitäten- und Fairnessgruppe mit dem Anteil der Vergleichsgruppe

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 389 | 0,52 | | | |
| Disparitäten | 333 | 0,53 | +0,01 | 0,01 | 0,93 |
| Fairness | 379 | 0,40 | -0,12 | 10,81 | 0,001 |

Quelle: Eigene Darstellung.

Da unsere Fallzahl in den einzelnen Gruppen nicht allzu hoch ist, beschränken wir unsere weitere Untersuchung auf eine dichotome Variable der Präferenzen. Zusätzliche Ausprägungen würden die Analyse der Effekte in einzelnen Bevölkerungsgruppen erschweren, jedoch haben wir die Robustheit unserer Ergebnisse gegenüber alternativen Kodierungen der Präferenzen überprüft. Zunächst haben wir die Gruppen mit der Antwort „keine Meinung“ ausgeschlossen. Wie aus Tabelle A2 im Appendix hervor geht, verändern sich unsere Ergebnisse dadurch nicht. Um der Frage nachzugehen, ob die Zuordnung der Antworten „teils ja, teils nein“ zu den jeweiligen Pro- und Contrakategorien einen Einfluss auf unsere Ergebnisse haben, haben wir diese in einem weiteren Test als Zustimmung für Reformen gewertet. Obwohl dadurch der Effekt des Fairnessarguments etwas geringer ausfällt, bleibt nur dieses Argument signifikant, während das Disparitätenargument sich wiederum als insignifikant erweist (Tabelle A3). Nach diesen Tests sind wir zuversichtlich, dass unser Ergebnis nicht von der Kodierung der Variablen abhängt. Da die Gruppe „teils ja, teils nein“ Reformen nicht explizit zustimmt, erhalten die Befragten in der weiteren Analyse den Wert 0 bei der ZustimmungsvARIABLEN für Reformen.

Um einen genaueren Einblick in die Bevölkerungsmeinung zu bekommen, gehen wir der Wirkung einzelner Effekte bei einzelnen Bevölkerungsgruppen nach.

Dieser Teil unserer Untersuchung erhebt nicht den Anspruch einer Kausalanalyse, sondern soll lediglich dem besseren Verständnis über die Wirkung der Gegenargumente bei einzelnen Bevölkerungsgruppen dienen. Zu diesem Zweck gehen wir zunächst dem Einfluss des Bildungsgrades nach und teilen hierfür die Befragten in die beiden Gruppen Akademiker und Nicht-Akademiker ein. Die Chi-Quadrat-Tests der Zustimmungsraten der einzelnen Gegenargumente werden für beide Gruppen in Tabelle 3 aufgeführt, wonach das nationale Fairnessargument in beiden Altersgruppen einen signifikanten Effekt hat. Das Disparitätenargument ist dagegen für beide Gruppen statistisch insignifikant.

Tabelle 3: Chi-Quadrat-Test: Vergleich der Anteile der Disparitäten- und Fairnessgruppe mit dem Anteil der Vergleichsgruppe (nach Bildungsgrad)

Akademiker

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 90 | 0,57 | | | |
| Disparitäten | 81 | 0,58 | +0,01 | 6e-04 | 0,98 |
| Fairness | 94 | 0,41 | -0,16 | 3,65 | 0,06 |

Nicht-Akademiker

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 297 | 0,51 | | | |
| Disparitäten | 252 | 0,51 | 0,00 | 0 | 1 |
| Fairness | 285 | 0,39 | -0,12 | 7,37 | 0,01 |

Quelle: Eigene Darstellung.

Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal in Studien über soziale Präferenzen und Reziprozität ist das Geschlecht (Croson/Gneezy 2009: 448 ff.). Unterteilt man die Befragten nach Geschlecht, so zeigt sich, dass vor allem weibliche Befragte auf das Fairnessargument reagieren. Während dieses Argument bei Frauen zu einer 21% niedrigeren Zustimmungsraten gegenüber der Vergleichsgruppe führt, ist bei Männern nur eine vierprozentige Veränderung zu beobachten. Das Disparitätenargument bleibt dagegen für beide Gruppen statistisch insignifikant. Dieses Ergebnis entspricht unserer Erwartung, dass Frauen eher auf Fairnessargumente reagieren als Männer.

Tabelle 4: Chi-Quadrat-Test: Vergleich der Anteile der Disparitäten- und Fairnessgruppe mit dem Anteil der Vergleichsgruppe (nach Geschlecht)

Frauen

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|-----------|
| Vergleich | 196 | 0,51 | | | |
| Disparitäten | 172 | 0,52 | +0,01 | 0,06 | 0,81 |
| Fairness | 185 | 0,30 | -0,21 | 16,21 | 5.659e-05 |

Männer

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 193 | 0,53 | | | |
| Disparitäten | 161 | 0,53 | 0,00 | 0 | 1,00 |
| Fairness | 194 | 0,49 | -0,04 | 0,44 | 0,51 |

Quelle: Eigene Darstellung.

Aus Tabelle 5 geht hervor, dass der Effekt von Fairness für Befragte mit einem Nettoeinkommen größer oder gleich 1.000 Euro und Befragten mit einem Nettoeinkommen kleiner als 1.000 Euro statistisch signifikant ist.¹⁵ Die Zustimmungsraten nimmt unter den ärmeren Befragten (weniger als 1.000 Euro Monatseinkommen) fast doppelt so stark ab wie bei den Befragten mit 1.000 Euro Einkommen oder mehr (in Relation zum Vergleichsargument). Demzufolge, und unserer Erwartung entsprechend, sind Befragte mit geringerem Einkommen eher dem nationalen Fairnessargument zugänglich. Das Disparitätenargument ist für alle Einkommensgruppen wiederum statistisch insignifikant.

Tabelle 5: Chi-Quadrat-Test: Vergleich der Anteile der Disparitäten- und Fairnessgruppe mit dem Anteil der Vergleichsgruppe (nach Nettoeinkommen)

Nettoeinkommen \geq 1.000 Euro

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 227 | 0,52 | | | |
| Disparitäten | 208 | 0,52 | 0,00 | 1e-04 | 0,99 |
| Fairness | 239 | 0,43 | -0,09 | 3,69 | 0,05 |

¹⁵ Das 25%-Quantil bildet die Bevölkerungsgruppe mit einem Nettoeinkommen zwischen 400 bis unter 1.000 Euro.

Nettoeinkommen < 1.000 Euro

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 105 | 0,51 | | | |
| Disparitäten | 72 | 0,50 | -0,01 | 0,001 | 0,97 |
| Fairness | 91 | 0,34 | -0,17 | 5,30 | 0,02 |

Quelle: Eigene Darstellung.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass sich die Bevölkerung am ehesten vom nationalen Fairnessargument überzeugen lässt. Dieser Effekt variiert für verschiedene Bevölkerungsgruppen. So beeinträchtigt nationale (Un)Fairness besonders die Stabilität der Reformunterstützung von Frauen und Befragten mit geringem Einkommen. Diese Ergebnisse bestätigen zum einen die Ergebnisse aus früheren Studien, denen zufolge Frauen eher reziprok reagieren als Männer (Croson/Gneezy 2009; Schwieren/Sutter 2008). Zum anderen stimmen unsere Ergebnisse mit dem Umstand überein, dass sich in Deutschland vor allem Frauen und Personen mit geringem Einkommen durch die Hartz-Reformen großen Reformlasten ausgesetzt sehen. Für die Überzeugungskraft des Disparitätenarguments konnten wir dagegen keine Evidenz finden. Dies gilt weder für Akademiker noch für Nicht-Akademiker. Dieses Resultat legt die Vermutung nahe, dass nicht das ökonomische Vorwissen (Bildung) für die Wirkung dieses Arguments verantwortlich ist.

7. Diskussion

In Zeiten der Eurokrise, in denen Reformen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas auf der Tagesordnung stehen, kommt Deutschland eine besondere Rolle zu, denn „nichts kann ohne die aktive Unterstützung von Deutschlands Bundeskanzlerin, Frau Merkel, passieren“.¹⁶ Die bisherige Eurokrisen-Politik von Kanzlerin Merkel ist im In- und Ausland umstritten, jedoch konnte die Kanzlerin ihre Popularität hierzulande sogar steigern und ihre Partei bei den letzten Bundestagswahlen erheblich zulegen. Trotz dieser Erfolge bleibt die Frage nach der Unterstützung von Reformen in der deutschen Bevölkerung offen.

Mit der vorliegenden Studie haben wir nicht nur die Unterstützung, sondern auch die Stabilität der Bevölkerungsmeinung zu Reformen über die Wirksamkeit von Argumenten gegen (weitere) Reformanstrengungen erforscht. Fragt man die Bevölkerung, ob Deutschland Reformen durchführen soll und konfrontiert man die

¹⁶ Siehe z. B. Sinn (2012). Das Zitat ist eine Übersetzung des ursprünglich englischen Zitats durch die Autoren aus: The Economist: The reluctant hegemon, 15.6.2013, <http://www.economist.com/news/leaders/21579456-if-europes-economies-are-recover-germany-must-start-lead-reluctant-hegemon> (Stand: 4.10.2013).

Befragten mit unseren spezifischen Pro- und Contra-Argumenten, so sprechen sich immerhin 48% der Befragten nach wie vor für Reformen in Deutschland aus. Aber wie belastbar ist die Bevölkerungsmeinung? Laut unseren Ergebnissen spielen die (Gegen-)Argumente eine Rolle, die man für oder wider Reformen ins Feld führt. Begründet man die Ablehnung von Reformen in Deutschland mit bereits erbrachten Reformleistungen und -lasten (nationales Fairnessargument), dann entziehen deutlich mehr Befragte ihre Unterstützung im Vergleich zum eher europäischen, makroökonomischen Disparitätenargument. Diese Überzeugungskraft des nationalen Fairnessarguments ist besonders bei Frauen und Befragten mit einem Einkommen von weniger als 1.000 Euro im Monat zu beobachten.

Was lässt sich aus diesen Erkenntnissen zur Unterstützung von Reformen im Allgemeinen und zu ihrer Ablehnung im Konkreten beitragen? Der Eindruck, eine Art nationale Vorleistung mit entsprechenden Reformlasten bereits erbracht zu haben, kann die Wahrscheinlichkeit für eine Ablehnung von weiteren Anstrengungen in einem Land erhöhen, selbst wenn diese notwendig sind, um die Eurokrise zu überwinden und langfristig den Wohlstand in Deutschland und Europa zu sichern. Die politisch Verantwortlichen in Europa sollten demnach nicht nur die ökonomische Rationalität von Reformen erläutern, sondern auch andere Aspekte, wie nationale Fairnessaspekte, in der Kommunikation mit dem Wähler berücksichtigen. Die makroökonomische Logik des Disparitätenarguments erscheint dagegen wenig überzeugend und basiert wohl auf Annahmen, die den Bürgern schwerer vermittelbar sind als verhaltensökonomische Argumente.

Aus methodischer Sicht sind wir zuversichtlich, dass unsere Ergebnisse verallgemeinerbar sind. Allerdings lag der Schwerpunkt unserer Untersuchung auf zwei konkreten Argumenten, welche unterschiedlich formuliert werden können und die mit ökonomischer Fundierung eine eher allgemeine europäische und eine eher nationale Perspektive versuchten abzudecken. Demnach kann zukünftige Forschung neue Erkenntnisse über den Einfluss der Formulierung von Argumenten zu Reformmaßnahmen gewinnen. Sicherlich lassen sich unsere Ergebnisse durch Untersuchungen von konkreten Reformpaketen in unterschiedlichen Politikbereichen noch vertiefen (Bechtel/Hainmueller/Margalit 2015). Die Dauerhaftigkeit der von uns identifizierten Effekte, wie auch die Reformunterstützung in weiteren Mitgliedsstaaten, ist sicherlich ein weiteres zukünftiges Forschungsthema. Abgesehen von weiter gehenden Untersuchungen zur Stabilität der Bevölkerungsmeinung dürfte von Interesse sein, ob und inwieweit die von uns untersuchten Pro- und Contra-Argumente die öffentliche Unterstützung von Reformen langfristig prägen. Schließlich beobachten wir seit der Verabschiedung der Hartz-Reformen, dass die Bewertung von Reformen über die Zeit hinweg variiert und auch sehr unterschiedliche Innen- und Außenansichten über Reformenerfolge und -lasten bestehen.

Literatur

- Alesina, Alberto/Giavazzi, Francesco*, 2008: *The Future of Europe: Reform or Decline*, Cambridge.
- Bechtel, Michael/Hainmueller, Jens/Margalit, Yotam*, 2015: *Policy Design and Domestic Support for International Bailouts*, <http://ssrn.com/abstract=2163594> (Stand: 7.6.2015).
- Beetsma, Roel/Giuliodori, Massimo*, 2010: *The Macroeconomic Costs and Benefits of the EMU and other Monetary Unions: An Overview of Recent Research*, in: *Journal of Economic Literature* (3), 603-641.
- Blom, Annelies/Bossert, Dayana/Funke, Frederik/Gebhard, Franziska/Holthausen, Annette/Krieger, Ulrich*, 2014a: SFB 884 'Political Economy of Reforms' Universität Mannheim German Internet Panel (Welle 1 – Core Study). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5866 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12107.
- Blom, Annelies/Bossert, Dayana/Funke, Frederik/Gebhard, Franziska/Holthausen, Annette/Krieger, Ulrich*, 2014b: SFB 884 'Political Economy of Reforms' Universität Mannheim German Internet Panel (Welle 6). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5871 Datenfile Version 1.0.0, doi: 10.4232/1.12112.
- Blom, Annelies/Gathmann, Christina/Krieger, Ulrich*, 2015: *Setting Up an Online Panel Representative of the General Population: The German Internet Panel*, in: *Field Methods* (4) (im Erscheinen).
- Böhme, Bela/Mohr, Manuel/Plottka, Julia*, 2010: *Zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion: Integrationsschub wider Willen?*, in: *integration* (4), 358-363.
- Brettschneider, Frank*, 2000: *Demoskopie im Wahlkampf – Leitstern oder Irrlicht?*, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*, Wiesbaden, 477-505.
- Canzoneri, Matthew B./Rogers, Carol A.*, 1990: *Is the European Community an Optimal Currency Area? Optimal Taxation Versus the Cost of Multiple Currencies*, in: *American Economic Review* (3), 419–433.
- Chaudoin, Stephen*, 2014: *Promises or Policies? An Experimental Analysis of International Agreements and Audience Reactions*, in: *International Organization* (1), 235-256.
- Converse, Philip E.*, 1987: *Changing Conceptions of Public Opinion in the Political Process*, in: *The Public Opinion Quarterly* (2), 12-24.
- Croson, Rachel/Gneezy, Uri*, 2009: *Gender Differences in Preferences*, in: *Journal of Economic Literature* (2), 448-474.
- De Grauwe, Paul/Vanhaverbeke, Wim*, 1993: *Is Europe an Optimum Currency Area? Evidence from Regional Data*, in: Paul R. Masson/Mark P. Taylor (Hrsg.), *Policy Issues in the Operation of Currency Unions*, Cambridge, 111-129.

- Dörfeld, Kathrin*, 2013: Eurokrise: Kann Konjunkturlokomotive Deutschland Rezession beenden?, in: Insider Daily, <http://www.investor-verlag.de/finanzkrise-thema/euro-krise/kann-die-konjunkturlokomotive-deutschland-die-rezession-beenden/103173481/> (Stand: 16.9.2013).
- Dreger, Christian*, 2012: Der ökonomische Wert der Währungsunion: eine positive Bilanz aus deutscher Sicht, *integration* (2), 110-115.
- Evans, Joel R./Manthur, Anil*, 2005: The Value of Online Surveys, in: *Internet Research* (2), 195-219.
- Faas, Thorsten/Schmitt-Beck, Rüdiger*, 2007: Wahrnehmung und Wirkungen politischer Meinungsumfragen. Eine Exploration zur Bundestagswahl 2005, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weißels (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden, 233-267.
- Falk, Armin/Fischbacher, Urs*, 2006: A theory of reciprocity, in: *Games and Economic Behavior* (2), 293-315.
- Fearon, James D.*, 1994: Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: *American Political Science Review* (3), 577-592.
- Fehr, Ernst/Gächter, Simon*, 2000: Fairness and Retaliation: The Economics of Reciprocity, in: *The Journal of Economic Perspectives* (3), 159-181.
- Feldstein, Martin*, 1998: The Political Economy of the European Economic and Monetary Union: Political Sources of an Economic Liability, in: *Journal of Economic Perspectives* (4), 23-42.
- Gabel, Matthew*, 1998: Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories, in: *The Journal of Politics* (2), 333-354.
- Gaines, Brian/Kuklinski, James H./Quirk, Paul J.*, 2007: The Logic of the Survey Experiment Reexamined, in: *Political Analysis* (15), 1-20.
- Hainmueller, Jens/Hiscox, Michael*, 2006: Learning to Love Globalization: Education and Individual Attitudes Toward International Trade, in: *International Organization* (2), 469-498.
- Hellmann, Kai-Uwe*, 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung, in: Kai-Uwe Hellmann/Ruud Koopmans (Hrsg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung*, Wiesbaden, 9-30.
- Hufeld, Ulrich*, 2012: Zwischen Notrettung und Rüttelschwur: der Umbau der Wirtschafts- und Währungsunion in der Krise, in: *integration* (2), 117-131.
- Hug, Simon/König, Thomas*, 2002: In View of Ratification: Governmental Preferences and Domestic Constraints at the Amsterdam Intergovernmental Conference, in: *International Organization* 56 (2), 447-476.
- Jacobi, Lena/Kluge, Jochen*, 2006: Before and After the Hartz Reforms: the Performance of Active Labour Market Policy in Germany, IZA Discussion Papers No. 2100.

- Krause, Michael U./Uhlig, Harald*, 2012: Transitions in the German Labor Market: Structure and Crisis, in: *Journal of Monetary Economics* (1), 64-79.
- Kriesi, Hanspeter*, 2001: Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Discussion Paper P 01-701.
- Krosnick, Jon A./Alwin, Duane F.*, 1987: An Evaluation of a Cognitive Theory of Response-Order Effects in Survey Measurement, in: *Public Opinion Quarterly* (2), 201-219.
- Leuffen, Dirk*, 2013: Keine Arroganz, aber auch keine falsche Bescheidenheit!, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (3), 445-452.
- Mahnkopf, Birgit*, 2012: The euro crisis: German politics of blame and austerity – A neoliberal nightmare, in: *International Critical Thought* (2), 472-485.
- Mallien, Jan/Niesmann, Andreas*, 2014: Abrechnung mit dem Euro, in: *Handelsblatt*, 1.1.2012, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/happy-birthday-abrechnung-mit-dem-euro/6008528.html> (Stand: 25.9.2014).
- Mayhew, David R.*, 1974: *Congress: The Electoral Connection*, New Haven (CT).
- Moore, Frederick*, 1959: Economies of Scale: Some Statistical Evidence, in: *Quarterly Journal of Economics* (2), 232-245.
- Mundell, Robert*, 1961: A Theory of Optimum Currency Areas, in: *The American Economic Review* (4), 657-665.
- Risse, Thomas (Hrsg.)*, 2015: *European Public Spheres. Politics is Back*, Cambridge.
- Saunders, Phillip*, 1980: The lasting effects of introductory economics courses, in: *The Journal of Economic Education* (1), 1-14.
- Schmidt, André*, 2009: Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 – die erste Bewährungsprobe für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, in: *integration* (4), 388-397.
- Schwieren, Christiane/Sutter, Matthias*, 2008: Trust in Cooperation or Ability? An Experimental Study on Gender Differences, in: *Economic Letters* (3), 494-497.
- Seidel, Martin*, 2010: Aktuelle Probleme der europäischen Währungsunion, in: *integration* (4), 334-349.
- Siegrist, Michael/Visschers, Vivianne*, 2013: Acceptance of nuclear power: The Fukushima effect, in: *Energy Policy*, 112-119.
- Sinn, Hans-Werner*, 2012: *Die Target-Falle: Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, München.
- Sinn, Hans-Werner*, 2013: Verantwortung der Staaten und Notenbanken in der Eurokrise, in: *Wirtschaftsdienst* (7), 452-454.
- Stelter, Daniel*, 2014: Deutschlands Zukunftsfähigkeit ist in Gefahr, in: *Cicero*, 19.2.2014, <http://www.cicero.de/kapital/wirtschaft-deutschlands-wirtschaft-in-gefahr/57070> (Stand: 20.9.2014).

- Stigler, George*, 1958: The Economies of Scale, in: Journal of Law and Economics (1), 54-71.
- Stimson, James*, 1991: Public Opinion in America: Moods, Cycles, and Swings, Boulder (Col).
- Thimann, Christian*, 2013: Die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weg aus der Krise im Eurogebiet, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik (3-4), 240-261.
- Truger, Achim*, 2013: Austerity in the Euro Area: The Sad State of Economic Policy in Germany and the EU, in: Journal of Economics and Economic Policies: Intervention (2), 158-174.
- Vaubel, Roland*, 2012: Die Politische Ökonomie der Staatsschuldenkrise und die Zukunft des Euro, in: Dirk Meyer (Hrsg.), Die Zukunft der Währungsunion. Chancen und Risiken des Euros, Münster, 83-102.
- Walstad, William*, 1997: The Effect of Economic Knowledge on Public Opinion of Economic Issues, in: The Journal of Economic Education (3), 195-205.

Korrespondenzanschriften:

Prof. Dr. Thomas König
Universität Mannheim
Postfach 103462
68131 Mannheim
E-Mail: koenig@uni-mannheim.de

Elena Frech, M.Sc. | Moritz Osnabrügge, M.Sc.
Sonderforschungsbereich 884
Universität Mannheim
L13, 17
68131 Mannheim
E-Mail: frech@uni-mannheim.de | osnabruegge@uni-mannheim.de

Anhang

Datenquelle: German Internet Panel (GIP) „Gesellschaft im Wandel“, Sonderforschungsbereich 884 „Politische Ökonomie von Reformen“, Universität Mannheim

Verwendete Variablen:

- Welle 06 (Juli 2013): BC06EXP01 (Gruppenzuordnung), BC06002 (Experiment) (Blom u. a. 2014b).

- Welle 01: AA01054 (persönliches Nettoeinkommen) (Blom u. a. 2014a).

Basic Questionnaire: RQB1001 (Geschlecht), RQB1005 (Bildung)

Tabelle A1: Reformpräferenz Deutschland nach Gruppen

| Antworten | Disparitäten | Fairness | Vergleich | Total |
|-----------------------|--------------|----------|-----------|-------|
| Ja, auf jeden Fall | 63 | 64 | 74 | 201 |
| Eher ja | 112 | 87 | 128 | 327 |
| Teils ja, teils nein | 101 | 139 | 116 | 356 |
| Eher nein | 42 | 69 | 40 | 151 |
| Nein, auf keinen Fall | 2 | 9 | 8 | 19 |
| Keine Meinung | 13 | 9 | 22 | 44 |

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A2: Chi-Quadrat-Test: Vergleich der Anteile der Disparitäten- und Fairnessgruppe mit dem Anteil der Vergleichsgruppe (Robustheitstest 1: Gruppe „keine Meinung“ wird nicht berücksichtigt)

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 367 | 0,55 | | | |
| Disparitäten | 320 | 0,55 | 0,00 | 3e-04 | 0,99 |
| Fairness | 370 | 0,41 | -0,14 | 14,39 | 0,0001 |

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle A3: Chi-Quadrat-Test: Vergleich der Anteile der Disparitäten- und Fairnessgruppe mit dem Anteil der Vergleichsgruppe (Robustheitstest 2: Antwortkategorie „teils ja, teils nein“ wird als Zustimmung für Reformen gewertet)

| Gruppe | N | Zustimmungsrate | Veränderung | χ^2 | p-Wert |
|--------------|-----|-----------------|-------------|----------|--------|
| Vergleich | 389 | 0,82 | | | |
| Disparitäten | 333 | 0,83 | +0,01 | 0,09 | 0,76 |
| Fairness | 379 | 0,77 | -0,05 | 2,88 | 0,09 |

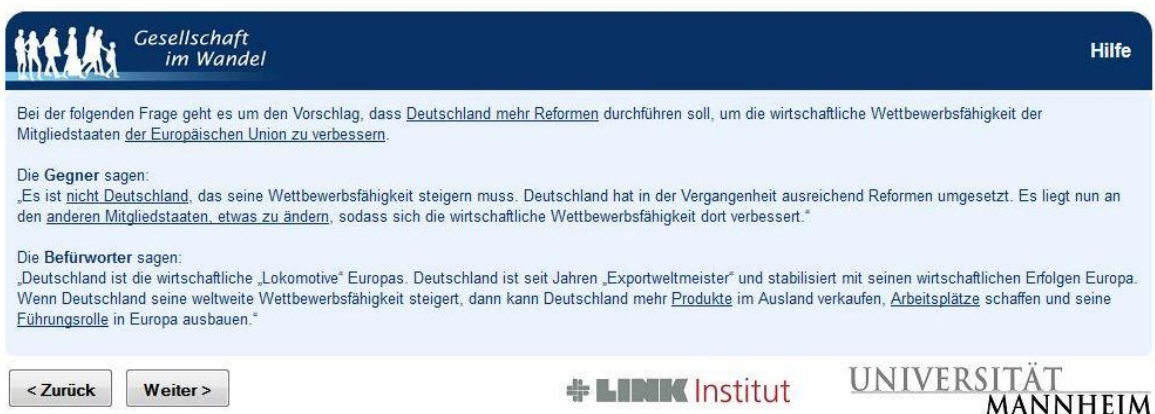
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung A1: Studiendarstellung in der Online Umfrage. Schritt 1: Einleitung



Quelle: Interne Dokumentation des GIP¹⁷.

Abbildung A2: Studiendarstellung in der Online Umfrage. Schritt 2: Einblenden der Argumente (Beispiel)



Quelle: Interne Dokumentation des GIP.

¹⁷ Zum GIP siehe Blom/Gattmann/Krieger 2015.

Abbildung A3: Studiendarstellung in der Online Umfrage. Schritt 3: Gruppeninformationen und Frage



Gesellschaft
im Wandel

Hilfe

Bei der folgenden Frage geht es um den Vorschlag, dass Deutschland mehr Reformen durchführen soll, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu verbessern.

Die **Befürworter** sagen:
„Deutschland ist die wirtschaftliche „Lokomotive“ Europas. Deutschland ist seit Jahren „Exportweltmeister“ und stabilisiert mit seinen wirtschaftlichen Erfolgen Europa. Wenn Deutschland seine weltweite Wettbewerbsfähigkeit steigert, dann kann Deutschland mehr Produkte im Ausland verkaufen, Arbeitsplätze schaffen und seine Führungsrolle in Europa ausbauen.“

Die **Gegner** sagen:
„Es ist nicht Deutschland, das seine Wettbewerbsfähigkeit steigern muss. Deutschland hat in der Vergangenheit ausreichend Reformen umgesetzt. Es liegt nun an den anderen Mitgliedstaaten, etwas zu ändern, sodass sich die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit dort verbessert.“

Berücksichtigen Sie die Argumente der Befürworter und Gegner bei der Beantwortung der folgenden Frage.

Sollten in Deutschland Reformen durchgeführt werden?

ja, auf jeden Fall

eher ja

teils ja, teils nein

eher nein

nein, auf keinen Fall

keine Meinung

< Zurück Weiter >

Quelle: Interne Dokumentation des GIP.